



## **Chemnitzer Erklärung der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien und der MIT Sachsen**

„Rückenwind für alle, die Sachsen voranbringen wollen“

### Gemeinsame Erklärung von MIT und JU Sachsen

- Die Mitglieder in Junge Union und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung verbindet: Wir wollen den Freistaat Sachsen voranbringen und diejenigen unterstützen, die dabei mitgestalten möchten. Wir sehen unsere Verantwortung darin, dass wir Erfolge offen und schnell nach außen kommunizieren und für einen transparenten Politikstil einstehen. Gleichzeitig fordern wir eine Politik nach diesem Vorbild auch von der gesamten Sächsischen Union und der sächsischen Staatsregierung ein.
- Voranbringen und gestalten bedeutet für uns nicht nur ein Unternehmen zu gründen, zu übernehmen oder zu führen, sondern ebenso sich um seine Familie zu kümmern, sich verantwortlich in der Schule, der Ausbildung, dem Studium oder seinen Beruf einzubringen. Ebenso tragen die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten zur Gestaltung unserer Gesellschaft bei. Unsere Gesellschaft lebt von diesem (unternehmerischen) Engagement. Deswegen wünschen wir uns ein gesellschaftliches Klima, das dieses Engagement wertschätzt.

### **Wir fordern daher:**

- Es muss ein Klima für ehrenamtliche Arbeit geschaffen werden. Hier haben Eltern Vorbildcharakter, aber genauso Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten, Fach- und Hochschulen. Zudem brauchen wir eine Kultur der Anerkennung für Leistung und ehrenamtliches Engagement. Eine gestaltende Gesellschaft muss den Unternehmergeist fördern, Leistungen anerkennen und individuelles Engagement auch nach Fehlversuchen weiter ermutigen.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der dualen Berufsausbildung und der Meisterprüfung ein, denn sie bereiten den Weg für die Praxiselite von morgen und sichern die Unternehmensnachfolge sowie Fachkräfte für KMU in Sachsen. Ebenso wichtig sind für uns eine hohe Durchlässigkeit im Bildungssystem sowie die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. All dies stellt für uns die Basis dar, um angehende Fach- und Führungskräfte auszubilden und ihnen das Rüstzeug dafür zu geben, die Unternehmer und Geschäftsführer der Zukunft zu werden. In diesem Zusammenhang haben die Unternehmen eine große Verantwortung. Dies gilt bei der Berufsorientierung genauso, wie bei der Förderung von politischem und ehrenamtlichem Engagement.
- Um unser Handwerk zukunftsfest zu machen, muss die berufliche Bildung als wirtschaftspolitisches Thema begriffen werden. Dazu gehört es, eine passgenaue und schulische Berufsfrühorientierung und aufklärende Informationen für Schüler und Eltern anzubieten. Zudem wollen wir den Status des Auszubildenden aufwerten – zum Beispiel durch Fahrkostenzuschüsse oder durch die



Einführung eines Azubitickets für den ÖPNV. In diesem Zusammenhang gilt es überdies eine Ausbildungsmindestvergütung in Betracht zu ziehen.

- Die öffentliche Verwaltung muss sich im Sinne eines kundenorientierten Leistungserbringers an den Bedürfnissen der Bürger sowie der regionalen Unternehmen ausrichten und Unterstützung in spezifischen Fragen, wie der bedarfsgerechten Kinderplatzbetreuung sowie bei bürokratischen Hürden für KMU anbieten. Wir fordern schnellere Genehmigungsverfahren!
- Wir wollen insbesondere den ländlichen Raum in Sachsen stärken und Unterstützung für Fachkräfte und junge Familien geben. Hierfür gilt es Wohnheimplätze und Berufsschulzentren außerhalb der Ballungszentren zu sichern, die mit der Digitalisierung Schritt halten sowie den ÖPNV in diesen Regionen auszubauen. Die erreichte Ermöglichung des Mopedführerscheins ab 15 Jahren ist hierbei als flankierende Maßnahme zu verstehen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen zu einem dynamischen Technologie- und Innovationshub weiterentwickelt wird und dabei insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen sowie Startups (z.B. durch das „Starfög“) unterstützt werden. Hierzu muss der Technologietransfer zwischen KMU, Startups und Forschungseinrichtungen verbessert und vereinfacht werden. In diesem Zusammenhang halten wir die Schaffung einer Innovationsagentur ebenso für notwendig wie die Aufsetzung eines Strategiefonds zur Umsetzung von strategischen Projekten in Bereichen der Forschung und Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. So können eine stärkere betriebliche Innovationskraft erreicht und neue Arbeitsplätze im industriellen Mittelstand geschaffen werden.
- Die Digitalisierung unserer Gesellschaft in allen Lebensbereichen ist aus unserer Sicht das herausforderndste Zukunftsthema. Wir fordern daher neben einer zukunftsfähigen klassischen Infrastruktur (Straße und Schiene) ebenso einen zeitnahen Ausbau von Gigabit-Netzen im Festnetz und im Mobilfunk. Entscheidend sind hierbei kontinuierliche Investitionen in Erneuerung und Erweiterung dieser Infrastruktur, um die internationale Konkurrenzfähigkeit des Freistaates Sachsen, insbesondere auch im ländlichen Raum, als Wirtschaftsstandort zu stärken.
- In diesem Zusammenhang muss die Digitalisierungspolitik in Sachsen auf höchster Ebene fokussiert und gebündelt werden. Zudem müssen die Gesetze und Vorschriften überarbeitet werden, die eine flächendeckende Digitalisierung behindern (DSGVO, Arbeitszeitgesetze)

### **Ohne Optimismus entsteht kein Engagement.**

- Wir setzen uns für eine auf der gesellschaftlichen Verantwortung des Einzelnen beruhenden Politik ein, die Potentiale freisetzt und den Freistaat Sachsen zu einem der großartigsten Orte für Leben, Lernen, Arbeiten und unternehmerische Tätigkeit entwickelt. Konkrete Ansätze hierfür haben wir u.a. in den „10 Kernthesen“ entwickelt.
- Etwas voranzubringen und seine Umgebung zu gestalten, bedarf gleichermaßen Freiraum und Schutz. Wir begrüßen, dass die EU unserer Generation Frieden und offene Grenzen innerhalb Europas brachte. Zugleich gilt es nun, die EU so weiterzuentwickeln, dass sie ihren Mitgliedern in den künftigen politischen und wirtschaftlichen globalen Herausforderungen ausreichenden Schutz gewährt. Die EU muss dafür institutionell reformiert werden. Wir fordern bspw. eine Begrenzung der EU-Kommissare auf 15 sowie ein Initiativrecht für das Europäische Parlament. Prinzipiell gilt für uns: Da, wo zu viel europäische Bürokratie Initiativen hemmt, wollen wir weniger ‚Europa‘. Da, wo die EU jedoch unersetzbar ist, wollen wir mehr „Europa“!